



Dr. Martin Heipertz

Bewerber um die Kandidatur zum Deutschen Bundestag

im Wahlkreis Frankfurt-West

#FürUnsereZukunft



“*Auf Veränderung zu hoffen, ohne selbst etwas dafür zu tun, ist wie am Bahnhof zu stehen und auf ein Schiff zu warten.*

Albert Einstein

10 Thesen für die Bundestagswahl 2021

Europa reformieren: Keine neuen Transfers, keine zusätzlichen Risiken und keine Haftungsunion ohne klaren Plan zur politischen Integration.

Stabiles Geld: Schuster, bleib' bei deinen Leisten – EZB, halt' den Euro stabil und nicht die Staatsfinanzen der Wackelkandidaten.

Leistung muss sich wieder lohnen: dafür brauchen wir eine Steuerreform, die den Mittelstand entlastet.

L(i)ebenswertes Frankfurt: Künstler, Solo-Selbständige und Gastronomen nicht im Regen stehen lassen, wenn die Krise ihre Existenz bedroht.

Deutschland wieder zum führenden Technologieland machen: Bürokratie abbauen, intelligent investieren und dem Unternehmergeist wieder mehr Raum geben.

Wehrfähigkeit wiederherstellen und außenpolitisch handlungsfähig werden: Bundeswehr reformieren und Wehrpflicht für alle einführen.

Die Schöpfung bewahren: durch Lebensschutz, Klimaschutz und Achtung der Natur, nicht aber durch Landwirtschaft wie im Mittelalter.

Zuwanderung begrenzen und steuern: Deutschland vor dem politischen Islam schützen.

Familien unterstützen und gute Bildung bieten – denn nur so erhalten wir unseren Wohlstand und nur so gelingt uns die Integration.

Meinungsfreiheit statt Ernstfallferne: Gute Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit. Das bedeutet auch: wir sprechen, wie wir denken, und wir handeln, wie wir sprechen. Wir sind mündige Bürger und keine Untertanen.

Liebe CDU-Mitglieder und Delegierte im Bundeskongresswahlkreis Frankfurt-West!

Wenn Sie mit der Entwicklung in Deutschland und in unserer CDU zufrieden sind, ist meine **Bewerbung um Nominierung** als Kandidat im Bundestagswahlkreis 182 Frankfurt am Main I



vermutlich ein lästiges Ärgernis. Falls Sie jedoch Änderungsbedarf sehen, frischen Wind verspüren, neue Aussichten erwarten – dann möchte ich mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Lassen Sie uns über **Inhalte, Köpfe und Strukturen** sprechen. Denn unsere CDU steht am Ende der Ära Merkel an einem Scheideweg. Die Frage, ob wir weitermachen wie bisher oder ob es zu einer **Neuausrichtung** kommt, ist für Deutschland von eminenter Bedeutung und schlägt sich auch in unserem Wahlkreis nieder. Nur so können wir ihn auch gegen die politische Konkurrenz behaupten.

Meine politische Arbeit basiert auf einem **Wertegerüst**, das mich vor einem Vierteljahrhundert sehr bewusst und direkt in die CDU Hessen geführt hat. Ich bin über die Zeit hinweg meinen Positionen treu geblieben und habe dafür auch erhebliche Kritik und Gegenwind in Kauf genommen. Dabei glaube ich zutiefst, dass meine Grundhaltung immer noch mehrheitlich jener unserer Parteimitglieder an der Basis entspricht. Dies zeigen mir die zahlreichen Gespräche und Begegnungen, die ich bislang schon in Frankfurt führen durfte und in den nächsten Wochen und Monaten intensivieren möchte.



Mit dieser Bewerbung in **meiner Frankfurter Heimat** knüpfe ich an mein langjähriges politisches Engagement in der CDU Hessen an. Die Regierungserfahrung, die ich als stellv. Büroleiter von Wolfgang Schäuble im Bundesfinanzministerium sammeln durfte, wird nützlich sein, um Ihre Interessen und Überzeugungen auf bundespolitischer Ebene wirksam zu vertreten. Meine Berufserfahrung als Ökonom und Finanzfachmann wiederum soll mir helfen, Themen und Projekte voranzubringen, die für Frankfurt von besonderer Bedeutung sind.

In vielen Gesprächen, die ich mit unseren Mitgliedern und Wählern im Wahlkreis bereits geführt habe, verspüre ich großen Zuspruch zu meinen Positionen. Ich hoffe, dass wir den innerparteilichen Wettbewerb in Frankfurt fair und sportlich austragen können. Auf diese Weise haben Sie als Delegierte die Möglichkeit, nach freiem Gewissen zu Ihrer persönlichen Entscheidung und Auswahl zu kommen. Das ist Ihr Recht aber auch Ihre Pflicht als Vertreterinnen und Vertreter aller Mitglieder unserer Partei im Wahlkreis.

Mein Team und ich entwickeln derzeit ein interaktives **Online-Mitmachportal**. Sie werden dort die Möglichkeit haben, Themen vorzuschlagen, zu diskutieren und Meinungsbilder abzustimmen. Dieses Mitmachportal werden wir nach einem Wahlsieg auch dauerhaft zur politischen Willensbildung nutzen, um die **innerparteiliche Demokratie** in Frankfurt digital zu beleben und Ihre Ideen und Ansichten in den Deutschen Bundestag tragen zu können.

Mein Motto lautet: Abgeordnete sollen nicht der Parteibasis erklären, was die Regierung will, sondern umgekehrt - Abgeordnete sollen der Regierung sagen, was das Volk und die Parteibasis wollen!

Die Entscheidung, die Sie für unseren Wahlkreis treffen, ist auch Ihre Aussage im Hinblick auf die offene Führungsfrage unserer Partei, ihre inhaltliche Ausrichtung und ihre personelle Aufstellung im Vorlauf der Bundestagswahl. **Es geht um Ihre Vorstellung von der CDU, von Frankfurt, von Deutschland und Europa.**

Lassen Sie uns miteinander ins Gespräch kommen!

Zur Person

Geboren am 11. Dezember 1976 in **Frankfurt am Main**.

verheiratet, ein Kind, römisch-katholisch.

Interessen: Theologie, Literatur und Schreiben, Rennrad, Bergsport, Segeln, Tennis, Klavier, klassische Musik, Reisen.



Eintritt in die CDU Hessen als Schüler 1995.

Offizier der Reserve, beordert als **Oberstleutnant** d.R. im Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Potsdam.

Studien der Philosophie, Politik und Wirtschaftswissenschaften in Oxford, Brügge, Köln und Paris, Dr.rer.pol., 1997-2003.

Fiskalökonom an der **Europäischen Zentralbank** in Frankfurt 2004-2008.

Bis 2008 aktiv im Vorstand der **CDU Dornbusch**, Vorsitzender des AK „CDU2015“ mit Ulrich Caspar; Mitglied in den BAK Staatsfinanzen und Europa des **Wirtschaftsrats der CDU**.

Ökonom an der **Europäischen Investitionsbank** in Luxemburg 2008/9.

Eintritt ins **Bundesministerium der Finanzen** 2010; stv. Büroleiter Wolfgang Schäuble, 2012 persönlicher Referent des Finanzstaatssekretärs, persönlicher Berater von Jean-Claude Juncker im Europawahlkampf 2014, 2014-2020 Referatsleiter „Grundsatzfragen der europäischen Politik“, Koordinierung der Brexit-Verhandlungen.

Seit 2020 **Kreditanstalt für Wiederaufbau**, Frankfurt am Main.

Positionen

Europa reformieren

Die **Erfolgsgeschichte der europäischen Integration** muss fortgeschrieben werden. Viele Bürger empfinden jedoch **Unbehagen angesichts der Lage der EU**. Ich habe mich über viele Jahre hinweg intensiv sowohl mit der europäischen Integration als auch mit dem Brexit befasst und die Ehre gehabt, Jean-Claude Juncker im ersten gesamteuropäischen Wahlkampf zu beraten. Ich hege keine Illusionen über das demokratische Defizit und den erheblichen Reformbedarf, den die Institutionen der EU aufweisen. Die Fortentwicklung der europäischen Integration ist mein wichtigstes Thema, und ich werde es als Abgeordneter mit Nachdruck forcieren, denn wir schulden der nachfolgenden Generation eine gute europäische Zukunft.

Was heißt das konkret?

- Die europäische Integration muss **variabler** werden – mit einem bundesstaatlichen Kern und demokratisch legitimierten Institutionen.
- Nur Aufgaben, die auf europäischer Ebene besser als auf nationaler Ebene bewältigt werden können, sollen auch dorthin verlagert werden. Dazu zählen aus meiner Sicht allen voran die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.
- Als CDU haben wir früher die **Politische Union** als Ziel der europäischen Integration verstanden. Das ist für mich weiterhin richtig, denn die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion langfristig nur mit einer Fiskalunion bestehen kann. Dazu gehört dann aber auch zwingend die Politische Union. Vor dieser großen Baustelle dürfen wir nicht zurückschrecken – ja, wir hätten sie schon vor dem Euro angehen müssen.
- **Großbritannien** hat die EU verlassen und ist dafür nicht ökonomisch zu maßregeln, sondern weiter so eng als möglich einzubinden – wirtschaftlich gleichermaßen wie in strategischen Bereichen wie Forschung und Verteidigung.
- Die Arbeitnehmerfreizügigkeit in Europa darf nicht zu einer **Einwanderung in den Sozialstaat** führen. Insbesondere soll kein Kindergeld für nicht im Inland lebende Kinder gezahlt werden.
- Bevor weitere Staaten, insbesondere jene auf dem **Westbalkan**, beitreten, müssen die Standards in diesen Ländern jenen in der EU angeglichen werden.
- Der Beitritt der **Türkei** ist zu verhindern.



Positionen

Stabiles Geld

Die **niedrigen Zinsen** machen unseren Wählern Sorge – nicht nur wegen der Altersvorsorge, sondern auch, weil die Auswirkungen gerade in Frankfurt auf dem Immobilienmarkt tagtäglich zu spüren sind.

Daher halte ich es mit Ludwig Erhardt: “Das Bemühen um ein stabiles Preisniveau steht an der Spitze der wirtschaftlichen Rangordnung. Auch eine nur leicht inflationäre Entwicklung ist so etwas wie eine entschädigungslose Enteignung zugunsten der Öffentlichen Hand.” Auch, weil eine **Währungsunion**, in der die Notenbank zu einem wesentlichen Teil **Staatsanleihen aufkauft**, in der Deutschland für die Verbindlichkeiten anderer Länder in Haftung genommen wird und in der das Ausmaß an Transferleistungen zu unseren Lasten eklatant zunimmt, **niemals die Zustimmung unserer Bürger und Wähler** gefunden hätte.

Ich trete angesichts dieser Entwicklung mit Nachdruck dafür ein, dass wir uns gerade in der aktuellen Krise wieder auf die bewährten Prinzipien unserer Partei in Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion besinnen.

Was heißt das konkret?

- Jegliche Schritte zu einer weiteren **Vergemeinschaftung von Risiken** im Euroraum bedingen einen vorherigen Risikoabbau durch die Mitgliedstaaten ohne weitere Transfers – oder aber der Schaffung einer Politischen Union in Europa.
- Wir sollten in diesem Politikbereich wieder konsequent den Schulterschluss mit den Benelux-Staaten, Skandinavien, Österreich, dem Baltikum und der Slowakei suchen, die größtenteils mit uns übereinstimmen.
- In Hessen kennen wir außerdem die Fehlanreize, die ein schlecht konstruierter Finanzausgleich auf Dauer verursacht. Die Finanzierung der EU muss daher **grundlegend reformiert** werden.
- Die Unabhängigkeit der Notenbank ist kein Freibrief. Die Verletzung des geldpolitischen Mandats der EZB durch den Eintritt in die **monetäre Staatsfinanzierung** werde ich auch vor meinem eigenen beruflichen Hintergrund in der EZB als Abgeordneter mit sachlich fundierter Kritik in Fraktion und Öffentlichkeit begleiten – gerade mit einem Mandat aus Frankfurt.



Positionen

- Ich bin grundsätzlich für eine Fortentwicklung und **Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion** in Form einer Fiskalunion, die jedoch ohne Politische Union nicht auskommen kann. Solange wir keine Einigkeit in dieser grundsätzlichen Frage herstellen können, bin ich gegen weitere deutsche Zugeständnisse in Form von Risikoübernahme und Transfers, wie sie der jüngste EU-Gipfel aber in Aussicht stellt.
- Gedanken, das **Bargeld** abzuschaffen, trete ich entschieden entgegen.
- Wir sollten das Problem der **Target**-Systems im Euroraum, das erhebliche Risiken für Deutschland birgt, nicht länger ignorieren.
- Zurück zur **Schwarzen Null**: Nach der hohen zusätzlichen Verschuldung zur Bekämpfung der Corona-Krise muss auch der Bundeshaushalt konsolidiert werden. Ich bin für Wachstumspolitik und gegen Steuererhöhungen. Ausgabenzuwächse müssen zurückgeführt werden – denn wir dürfen der Jugend keinen Schuldenberg hinterlassen.

Leistung muss sich wieder lohnen

Die **Steuer- und Abgabenlast** in Deutschland ist die zweithöchste unter allen Industrieländern. Das darf nicht so bleiben. Wer mehr als die Hälfte eines selbst erwirtschafteten Euros an den Staat abgeben muss, verliert die Motivation – als Arbeitnehmer wie als Arbeitgeber. So wird unsere Produktivität gebremst und es entstehen weniger Arbeitsplätze als möglich. Eigenverantwortung und Eigeninitiative werden durch einen immer stärker **ausufernden Staat** verdrängt.

Wir müssen aufhören, den Menschen auf der einen Seite das hart verdiente Geld abzunehmen, und es dann – abzüglich der Verluste durch die Bürokratie – durch staatliche Wohltaten wieder zukommen zu lassen. Dies entspricht nicht dem Menschenbild, das ich und auch die CDU, die ich kenne, vertreten: Dem des **mündigen Bürgers**, der selbst bestimmt, wie er sein eigenes Geld ausgibt, anlegt oder spendet.

Was heißt das konkret?

- Die **Leistungsträger** in der Mitte der Gesellschaft müssen steuerlich entlastet, der Mittelstandsbauch in der Belastungskurve abgeflacht werden. Das betrifft keine Gutverdiener, sondern ganz normale Arbeitnehmer und Mittelständler.



Positionen

- Der **Solidaritätszuschlag** muss ersatzlos und vollständig abgeschafft werden, wie wir das schon sehr lange versprochen haben.
- Die **kalte Progression** muss dauerhaft abgeschafft werden – durch einen automatischen Inflationsausgleich in den Steuertarifen.
- Die **Lohnnebenkosten** müssen substantiell gesenkt werden: durch eine Deckelung der Rentenbeiträge und eine Reform der Krankenversicherung.
- Gleichzeitig müssen die **öffentlichen Haushalte** im Interesse der Generationengerechtigkeit **ausgeglichen** bleiben: durch die Abschaffung von Steuerschlupflöchern, durch eine erhebliche Reduktion staatlicher Subventionen, durch weniger Einwanderung in die Sozialsysteme und durch massiven Bürokratieabbau.

L(i)ebenswertes Frankfurt

Je älter ich werde, desto mehr hänge ich an **meiner Vaterstadt Frankfurt**. Ich war zwar mehrfach über Jahre hinweg in der Ferne, aber ich bin immer wieder gern nach Frankfurt zurückgekehrt. Von Anfang an habe ich den partiellen Wiederaufbau der Altstadt begeistert begrüßt. Wir dürfen jedoch nicht nur Landmarken schaffen und den Rest der Stadt sich selbst überlassen.

Ich werde mich im Falle meiner Nominierung für die kommunalpolitischen Ziele der CDU Frankfurt und die anstehende Kommunalwahl mit aller Kraft einsetzen und vor allem dafür kämpfen, dass wir die derzeitige Krise gemeinsam und solidarisch meistern und eine gute Zukunft haben.

Was heißt das konkret?

- Frankfurter **Künstler und Solo-Selbständige** kommen in der aktuellen Wumms-Rettungspolitik der Bundesregierung nicht vor. Ich unterstütze daher die Petition **#kulturerhalten** und schlage vor, dass die Bundesregierung auch rückwirkend in Höhe der entgangenen Einnahmen ein finanzielles Hilfsinstrument für diese Berufsgruppen auflegt. Denn Künstler und Solo-Selbständige sollen nicht primär in den Bezug von Hartz IV gedrängt werden, wie manche Sozialpolitiker auch aus unseren Reihen dies propagieren.



Positionen

- Die **Corona-Pandemie** belastet neben Künstlern und Solo-Selbstständigen vor allem Gastronomen und Einzelhändler. Ich möchte nicht, dass Frankfurt seine vielen beschaulichen Restaurants, Bars, Äpfelwoi-Kneipen und Läden verliert und werde mich, gerade bei einer fortdauernden Krise, dafür einsetzen, dass staatliche Hilfe geleistet wird und unnötige Bürokratie verschwindet.
- Als Ökonom und ehemaliger Notenbanker habe ich ein ausgesprochen positives Verhältnis zum Finanzsektor. Er hat aber eine dienende Rolle gegenüber der Realwirtschaft und darf nicht zum Selbstzweck werden. Ich werde als Abgeordneter alles dafür tun, um die weitere **Ansiedlung von Finanzdienstleistern** in Frankfurt zu forcieren, auch und gerade im Zusammenhang mit dem Brexit. Dass wir es als Bundesregierung nicht vermocht haben, die Europäische Bankagentur nach Frankfurt zu holen, hat mich persönlich sehr aufgebracht. Mir ist bewusst, dass wir im Wettbewerb mit anderen Standorten besonders an unseren weichen Standortfaktoren arbeiten müssen. Dazu zählen auch **Sicherheit, Schulen und Infrastruktur**.

Deutschland wieder zum führenden Technologieland machen...

...und zwar nicht durch planwirtschaftliche Industriepolitik, sondern durch ein **innovations- und investitionsfreundliches Umfeld**. Die öffentlich und privatwirtschaftlich in Deutschland erbrachte Forschungsleistung kann sich nämlich global weiterhin sehen lassen. Doch in einigen, auch strategisch wichtigen, Bereichen sind wir inzwischen abgehängt und müssen den Anschluss an das Spitzenfeld wiedergewinnen. Außerdem müssen wir uns noch mehr anstrengen, unsere Innovationen erfolgreich zu vermarkten. Da ich mich beruflich intensiv mit der Förderung von Forschung und Innovationen beschäftigt habe, werde ich mich auch als Abgeordneter für den Technologie- und Innovationsstandort Frankfurt starkmachen.

Positionen

Was heißt das konkret?

- Die Rolle der Politik ist es nicht, alles besser zu wissen als der Markt. Viele öffentliche Fördergelder werden weder effektiv noch effizient eingesetzt. Die erste Aufgabe der Politik liegt darin, den Frauen und Männern zuzuhören, die neue Produkte und Verfahren erforschen oder innovative Unternehmen gründen und finanzieren, und **Rahmenbedingungen** zu setzen, in denen **Unternehmertum und Innovationsgeist** florieren können.

- Bürokratie** entschlacken: Unternehmensgründungen müssen erheblich einfacher werden. Wo in anderen Ländern in der sprichwörtlichen Garage einfach losgearbeitet werden kann (wie z.B. in den USA und der Schweiz), muss in Deutschland erst mit hohem Kostenaufwand der Bürokratiedschungel aus Gewerbeanmeldung und Zwangsmitgliedschaften durchdrungen werden. Das muss sich ändern.



- Regulierung** an neue Geschäftsmodelle anpassen: gerade im für Frankfurt wichtigen Fintech-Bereich behindern regulatorische Anforderungen, die an klassischen Banken ausgerichtet sind, die erfolgreiche Neugründung von Unternehmen. Gleichzeitig zeigt der Wirecard-Skandal, dass man auch mit viel Bürokratie falsch beaufsichtigen und erhebliche Risiken übersehen kann.

- Für rentable Projekte ist ausreichend private Finanzierung vorhanden; hier sind Symbolpolitik und Aktionismus fehl am Platz. Um **Schlüsseltechnologien** in Deutschland zu entwickeln und zur Marktreife zu bringen, können staatliche Förderungen jedoch wichtig sein.

- Als Abgeordneter werde ich stets ein offenes Ohr haben für die Anliegen von **Start-Ups, Forschungsgemeinschaften** und allen Frauen und Männern in **Wissenschaft und Wirtschaft**, die in unserem Land und für seine Zukunft etwas bewegen wollen – denn nur mit dem Wissen aus der Praxis lassen sich die Bedingungen schaffen, die für eine florierende Wirtschaft notwendig sind.



Positionen

Wehrfähigkeit wiederherstellen und außenpolitisch handlungsfähig werden

Viele Bürger und nicht zuletzt unsere Soldaten selbst schauen mit Fassungslosigkeit auf den **Zustand der Bundeswehr**. Immerhin sind einige Verbesserungen inzwischen eingeleitet. Die CDU muss aber wieder völlig unzweideutig die Bundeswehr-Partei werden. Es ist ein Alarmsignal, wenn viele Soldaten und auch Polizisten sich bei uns politisch nicht mehr aufgehoben fühlen.

Militärische Handlungsfähigkeit ist die **Grundlage eigenständiger Außenpolitik** im europäischen Rahmen. Die USA werden uns dies nicht länger abnehmen, zumal sie in eine tiefe innere Krise zu versinken drohen und ihre militärische Präsenz in Deutschland erheblich zurückfahren werden – was selbst in unserer Partei einige wenige auch noch beklatschen. Das **transatlantische Bündnis** bleibt Garant unserer äußeren Sicherheit und verlangt daher unsere volle Aufmerksamkeit.

Was heißt das konkret?

- Die **Wehrfähigkeit** unserer Bundeswehr ist schnellstmöglich wiederherzustellen. Eine umfassende Wehrreform ist unumgänglich, deren Konzeption ich als Reserveoffizier gerne mitentwickeln möchte.
- Die **NATO** und unsere Partnerschaft mit den USA sind der Grundpfeiler unserer nationalen Sicherheit. Dazu gehört auch die nukleare Teilhabe.
- Wir sollten zu **Wehrpflicht und zivilem Ersatzdienst** – für Frauen und Männer – zurückkehren. Der Wehrdienst sollte kurz und nach Schweizer Vorbild auf Grundfertigkeiten beschränkt sein und dann in die Reserve übergehen. Die Dienstpflicht sollte auch für Migranten ohne deutschen Pass gelten und so als Schule der Nation fungieren, mit privilegiertem Eintritt in die Staatsbürgerschaft.
- Außenpolitik bedeutet, die **Interessen Deutschlands** im Ausland zu definieren und umzusetzen – nicht umgekehrt. Dies sollte im europäischen Kontext erfolgen.
- Nicht mehr funktionieren wird: Dass wir bevorzugt auf Tauchstation gehen bei aktuellen Krisen wie der Konfrontation zwischen Griechenland und der Türkei oder bei der Situation in Weißrussland.
- Wir müssen militär- und energiepolitisch darauf hinwirken, nicht durch Russland erpressbar zu sein; dasselbe gilt migrationspolitisch ggü. der Türkei.



Positionen

Die Schöpfung bewahren

“Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt” – diesen Satz kann jeder Konservative unterschreiben. Wir sehen die Zunahme von Naturkatastrophen und Trockenperioden. Bei meinen Bergtouren erschauere ich jedes Mal, wie es den Gletschern in den Alpen geht. Als Christ stelle ich mich in den politischen Dienst an unserer Welt, die ich als Gottes **Schöpfung** begreife. Seit jeher treten Christen in der Politik für den Schutz des Lebens und die Bewahrung der Schöpfung ein.

Diesem Beispiel will ich folgen. Klimaschutz und nachhaltiger Konsum werden in meiner Bewerbung keine Worthülsen sein. Die Sorgen der jungen Generationen sind valide und es ist unsere Aufgabe, diese Sorgen jetzt ernst zu nehmen und **intelligente Lösungen** zu finden. Als Familienvater möchte ich meiner Tochter eine lebenswerte Heimat hinterlassen.

Was heißt das konkret?

- Unsere Sorge um die Schöpfung ist nicht auf den Menschen beschränkt. Ich unterstütze grundsätzlich alle sachlichen Bemühungen um Umwelt-, Tier- und Klimaschutz. Hysterie und Panikmache sind hier fehl am Platz. Vielmehr ist das ein vordringliches Politikfeld, das schwierige, **fundierte Abwägungen** verlangt.
- So hat die **Energiepolitik** Deutschlands neben den Zielen des Klimaschutzes auch diejenigen der strategischen Versorgungssicherheit und der Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Die Kernenergie in ihrer forschungsbasierten Fortentwicklung (Stichwort: Kernfusion / ITER) sollten wir nicht kategorisch abschreiben.
- Nur mit einer intelligenten, marktwirtschaftlichen, technologiefreundlichen und international ausgerichteten **Klimapolitik** werden wir die globale Jahrhundertaufgabe lösen, den Anstieg der Erdtemperatur zu bremsen. Allein am deutschen Wesen kann die Welt jedenfalls nicht genesen.
- Sowohl bei der Begrenzung des Temperaturanstiegs als auch bei der Anpassung an die jetzt schon ersichtlichen Folgen der Erderwärmung kann der **Finanzsektor** eine nützliche und dienende Rolle übernehmen, die bisher weithin unterschätzt wird. Ich möchte Expertise speziell in diesem Bereich einbringen und aktivieren. Deutschland und der **Finanzstandort Frankfurt** haben hier enormes Potential, eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Positionen



- Wir benötigen ein intelligentes **Emissions-Handelssystem**, um klimafreundliche Anreize zu setzen, statt einer Vielzahl bürokratischer Vorschriften. Großbritannien ist hier ein Vorbild. Mit weniger Geld kann mehr Treibhausgas vermieden werden, als wir das bisher tun.
- Die ideologische Verteufelung der **Diesel-Technologie**, in der wir weltweit führend sind, ist industriepolitisch fatal und ökologisch sinnfrei.
- Ich befürworte eine **regionale Landwirtschaft** mit kurzen Wegen und gesicherter Herkunft, hoher Qualität und fairen Preisen.

- **Technologie und Forschung** können helfen, Umweltprobleme zu lösen. Eine Rückkehr zu einer vorindustriellen Landwirtschaft wäre weder für den Verbraucher noch für die Natur eine Lösung.
- Die verbliebenen **Frankfurter Äcker** sollten nicht zugebaut werden, sondern gehören zu unserer Heimat.

Meinungsfreiheit statt Ernstfallferne

Krisen entstehen, wenn das eigene Denken und Handeln von der Realität eingeholt wird. Das gilt für ein staatliches Gemeinwesen nicht weniger als für eine Partei oder die einzelne Person. Der Umgang mit der Corona-Pandemie ist ein eindrucksvolles Beispiel für dieses Phänomen: Buchstäblich erst in vorletzter Sekunde ist es uns gelungen, aus Nonchalance und Lethargie in den nötigen Krisenmodus zu wechseln.

Unsere Maßnahmen sind zwar von großem virologisch-/epidemiologischem Erfolg geprägt, aber die allgemeinmedizinischen, ökonomischen, bildungspolitischen und psychischen Kollateralschäden sind immens. Dies dürfen wir im Wahlkampf nicht ausklammern – vielmehr müssen wir die Sorgen, Nöte und Meinungen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen.

Positionen

Für die **Pandemie** gilt, was auch schon der Umgang mit der **Migrationskrise**, der **Eurokrise** und der **Bankenkrise** belegt, die mein berufliches Leben stark geprägt haben: Der politische Diskurs in unserem Land ist seit langem von **überbordendem Idealismus** und gedanklicher „Ernstfallferne“ (Peter Sloterdijk) geprägt. Leider tritt die herrschende Denkrichtung oft mit **moralischer Überheblichkeit** und einem latent autoritären Anspruch auf Allgemeingültigkeit und Alternativlosigkeit auf. Andersdenkenden und warnenden, kritischen Stimmen begegnet man nicht mit sachlichen Argumenten, sondern mit moralischen Vorwürfen. Von dieser Versuchung war und ist auch unsere eigene Partei in der inneren Auseinandersetzung nicht frei.

Der Parlamentarismus ist das Wesen unserer repräsentativen Demokratie. Das Parlament aber lebt vom freien Mandat, der **offenen Debatte** und der persönlichen Gewissensentscheidung seiner Abgeordneten.

Was heißt das konkret?

- Als Kandidat und als Abgeordneter werde ich sagen, was ich denke, und tun, was ich gesagt habe. Mein Denken soll ich sich an der Wirklichkeit orientieren, und hierbei werde ich Sie, die **Basis unserer Partei, zu Rate ziehen** – im direkten Gespräch, aber auch digital über unser Mitmachportal, das wir aus dem Wahlkampf in die parlamentarische Arbeit übernehmen wollen. Denn, wie bereits angeführt: Der Abgeordnete soll der Regierung sagen, was Volk und Parteibasis denken – nicht umgekehrt. Meine Bewerbung soll somit der innerparteilichen Demokratie dienen und Ihnen, den **Delegierten, eine echte Auswahl ermöglichen**.
- Lassen Sie uns dafür kämpfen, dass die **ernsten Risiken für Deutschland realistisch** in den Blick genommen werden. Das betrifft nicht nur insbesondere die innere Sicherheit, den Zusammenhalt unserer Gesellschaft, sämtliche Bereiche der Krisenvorsorge, auch und gerade im öffentlichen Gesundheitswesen, sondern auch geopolitische Fragen und den extrem gravierenden Wirtschaftseinbruch und seine Auswirkungen auf die labile institutionelle Architektur der europäischen Wirtschaft.
- Die überfällige **Wahlrechtsreform** muss unbedingt das Parlament und das freie Mandat stärken. Den Listenplätzen muss weniger und nicht mehr Raum geben werden. Wir werden diese Debatte sehr aufmerksam und meinungsstark begleiten. Denn die direkt gewählten Mandate sind für das Funktionieren unserer Demokratie entscheidend.



Positionen

Zuwanderung begrenzen und steuern. Deutschland vor dem politischen Islam schützen.

Seit der **Migrationskrise** begleiten uns die Themen Zuwanderung und Islamismus, bei denen wir viel **Vertrauen im Volk** verloren haben. Das wissen alle, die in den letzten Jahren auf der Straße Wahlkampf für unsere CDU gemacht haben – so auch ich. Die Bürger sind an diesem Punkt von großem Unbehagen erfüllt, und das dürfen wir als christliche Volkspartei nicht einfach abtun. Christliche Gesinnung bedeutet nämlich mitnichten die Selbstaufgabe von Staat und Nation. Der Zweck von Staat und Nation ist es vielmehr, dem **Allgemeinwohl der ihm anvertrauten Bürger** zu dienen – und erst danach dem Rest der Welt zu helfen.

Solange es kein übernationales Staatswesen gibt, bemessen sich die Rechte wie auch die Pflichten der Bürger primär am deutschen Rahmen und erst subsidiär am europäischen oder gar globalen Kontext. Deutschland zuerst – das ist kein überzogener Nationalismus, sondern bis auf weiteres eine Frage der realpolitischen Vernunft. Denn nur wenn unser Land leistungsfähig bleibt, können wir uns auch mehr als bisher für Frieden, Sicherheit und Wohlergehen in anderen Teilen der Welt engagieren – was ohne Frage nötig wäre.

Ungesteuerte **Zuwanderung** nach Deutschland und in unser **Sozialsystem** hingegen gefährdet die Sicherheit und den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens. Sie ist abzustellen durch Anpassungen im und konsequente Anwendung des Asylrechts. Übermäßige Zuwanderung in den Arbeitsmarkt schadet den Arbeitnehmerinteressen – insbesondere jenen der Geringverdiener.

Weil mich der Islam als Religion und Kultur fasziniert, habe ich immer wieder islamische Länder bereist und als Student Vorlesungen in Islamwissenschaft und Orientalistik gehört sowie – bisher vergeblich – versucht, Arabisch zu lernen. Ich habe meine Zeit im Balkan genossen und halte es mit Goethe: „Wer sich selbst und andere kennt, wird auch hier erkennen: Orient und Okzident sind nicht mehr zu trennen.“ Als Christ erscheint es mir möglich und wünschenswert, dass der **Islam für Deutschland zu einer Bereicherung** werden kann. Dies auch tatsächlich zu ermöglichen und eine geglückte Integration der bald sehr erheblichen islamischen Minderheit in unserem Land sicherzustellen bleibt jedoch eine große Aufgabe. Die Grundvoraussetzung, auch aus Sicht vieler Muslime, für ein solches Vorhaben ist die konsequente **Ausschaltung des politischen Islams**, der mit unserem Grundgesetz unvereinbar ist.



Positionen

Was heißt das konkret?

- **Geltendes Recht** muss eingehalten werden, unsere Staatsgrenzen sind vor illegaler Einwanderung zu schützen.
- Die Migrationspolitik jenseits der Gewährung von politischem Asyl ist restriktiv auf den tatsächlichen **Bedarf an qualifizierter Zuwanderung** auszurichten.
- Die geschehenen Fehler und aktuell auftretenden Missstände müssen wir offen ansprechen. Nur mit **sachlicher Kritik** und einer ehrlichen Auseinandersetzung mit diesen Themen kommen wir als CDU wieder zu einer vernünftigen Migrationspolitik und der entsprechenden Anerkennung beim Wähler.
- **Sozialstaat und unkontrollierte Zuwanderung** sind nicht miteinander vereinbar. Auch weil ich unseren Sozialstaat erhalten will, trete ich für eine moderne Migrationspolitik nach dem Vorbild Kanadas ein. Ich unterstütze die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften, die unsere Wirtschaft dringend benötigt und die unser Land in jeder Hinsicht bereichern. Gerade in Frankfurt wissen wir um den Wert qualifizierter Zuwanderung und kultureller Vielfalt.
- Den Beschluss des Bundesparteitags der CDU zur Abschaffung der **doppelten Staatsbürgerschaft** wollen wir endlich umsetzen. Integration bedeutet auch, sich eindeutig und endgültig für unser Land zu entscheiden.
- Deutschland braucht dringend ein **Islamgesetz** nach österreichischem Vorbild. Ein Islamgesetz, das Rechte und Pflichten der Muslime in der deutschen Gesellschaft definiert, als Angebot dient, sich in die Gesellschaft aktiv einzubringen, aber auch klarstellt, dass es sich um einen Islam handeln muss, der in deutscher Sprache gelehrt wird, der mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vereinbar ist und dessen Vertreter nicht von ausländischer Finanzierung und ausländischen Verbänden abhängig sein dürfen.
- Ich habe mich vehement gegen die Zusammenarbeit der hessischen Landesregierung mit der dem politischen Islam zugehörigen **Ditib**-Vereinigung ausgesprochen und begrüße es, dass dies inzwischen korrigiert worden ist. Ich werde auch in Zukunft bei ähnlichen Verirrungen das Wort ergreifen.
- Ich bin gegen **Vollverschleierung** im öffentlichen Raum und gegen den Gebrauch des Kopftuchs durch Trägerinnen eines öffentlichen Amtes.
- Ich befürworte eine bauliche Zurückhaltung bei Moscheen und Minaretten und bin gegen öffentliche islamische Gebete und Muezzin-Rufe.



Positionen

Familien unterstützen und gute Bildung bieten

Ehe und Familie gemäß dem christlichen Menschenbild sind die Grundlage und **Zukunft unseres Staates**. Sie sind es, die wir schützen und fördern müssen, wenn wir eine christliche, bürgerliche Partei bleiben wollen.

Gerade in der **Corona-Krise** sind Familien mit schulpflichtigen Kindern an die absolute **Belastungsgrenze** gelangt. Als Vater und Elternsprecher an einer Grundschule habe ich das hautnah miterlebt.

Der Staat ist aus meiner Sicht insbesondere in der gesundheitlichen Fürsorge, in der Betreuung und in der Bildung gefordert. Staatliche Einmischung hingegen in Entscheidungen, die mündige Bürger für sich selbst und innerhalb der Familie treffen wollen, lehne ich strikt ab. Gerade in der Krise müssen wir uns sowohl auf das Bewährte und das Notwendige besinnen als auch auf die Eigenverantwortlichkeit und die Entscheidungskraft unserer Bürger vertrauen.

Was heißt das konkret?

- Das Bildungswesen in Deutschland soll wieder dem **Leistungsprinzip** unterstellt werden. Denn das geistige Potential ist der einzige Rohstoff zur Erhaltung und Mehrung unseres Wohlstands.
- Als Familienvater weiß ich, dass in der frühkindlichen Phase die Weichen für den weiteren Bildungsweg gestellt werden, und wie wichtig dabei ein gutes öffentliches System der **Fürsorge, Betreuung und Erziehung für kleine Kinder** ist. Dieses wollen wir weiter verbessern und ausbauen – auf der Basis wissenschaftlicher, empirisch gesicherter Evidenz. Denn unsere Kinder sind keine Versuchskaninchen für die Theorien linker und grüner Pädagogen.
- Dabei sollen Betreuungsmöglichkeiten und Ganztagschulen Angebote bleiben, die die **elterliche Fürsorge ergänzen** und die Eltern in der Wahrnehmung ihrer Verantwortung für ihre Kinder unterstützen. Eine Teilnahmepflicht ist jedoch abzulehnen.
- Unsere **Lehrerinnen und Lehrer** verdienen Respekt – in der Schule und in der Gesellschaft. Ich trete mit Nachdruck dafür ein, dass wir von staatlicher Seite dies wieder zur Geltung bringen – auch gegenüber Amtsträgern in Uniform und Hilfsdiensten.

Positionen

- Ich selbst durfte hervorragende private Schulen besuchen, und mir blieb auf diese Weise die damalige **sozialdemokratische Schulpolitik** in Hessen erspart, deren Folgen immer noch zu spüren sind. Ich will daher umso mehr, dass auch die öffentlichen Schulen in Frankfurt wie in der gesamten Republik der nächsten Generation das bestmögliche Rüstzeug vermitteln; denn gute Bildung ist kein Privileg, sondern ein **Grundrecht** und die wichtigste Quelle unseres gesellschaftlichen Wohlergehens.
- Die CDU war immer die **Bildungspartei**, und das wollen wir auch in Frankfurt mit Nachdruck zeigen. Ich werde die Autorität des Abgeordnetenmandats nutzen, um diese Priorität in der Öffentlichkeit wieder stärker zu vermitteln.
- Kinder mit **Behinderungen** und ihre Familien verdienen unsere besondere Zuwendung und Hilfe. Ich möchte meine Rolle als Abgeordneter auch dazu nutzen, um dies in Frankfurt zu verdeutlichen und zu fördern. Ich befürworte integrative Ansätze in der Pädagogik, soweit sie der fachlichen Wissensvermittlung nicht abträglich sind.
- Zum Schutz der Familie gehört auch der **Schutz des Lebens**. Schlimme Notlagen, Konflikte, Fehler und kritische Situationen können werdende Mütter zu einer Abtreibung bewegen. Wir sollten darüber nicht urteilen, sondern vielmehr möchte ich in Frankfurt helfen, alle staatlichen Mittel zu mobilisieren, um Mütter in solchen Situationen beizustehen, damit sie sich im Zweifel für ihr Kind entscheiden können. Ich engagiere mich bei dem Verein Pro Femina und werde persönlich das mir zur Verfügung Stehende tun, um in derartigen Fällen menschlich und konkret zu helfen.
- Jeder Mensch soll sein Leben in Würde beenden dürfen. Das bedeutet für mich, **Sterbehilfe** nicht zu legalisieren, sondern für eine optimale **Palliativversorgung** einzutreten und die Hospize in Frankfurt zu unterstützen, in denen menschenwürdig die letzten Schritte des Lebens gegangen werden können. Deren Arbeit möchte ich als Abgeordneter deutlicher ins Bewusstsein rücken.



Zu guter Letzt

Die **Corona-Krise** wirft alles über den Haufen. Ungeheure Probleme türmen sich auf; gesundheitlicher, wirtschaftlicher und anderer Natur. Aber manches klärt sich auch, und vieles gewinnt eine **neue Perspektive**.

Helfen Ihnen meine Positionen in unserer Wahlsituation in Frankfurt-West? Allerdings. Meine inhaltliche Ausrichtung passt zu der offiziellen Analyse der **Wählerwanderung** in unserem Wahlkreis ("Frankfurter Wahlanalysen Nr. 66 zur Bundestagswahl 2017", herausgegeben vom Bürgeramt, Statistik und Wahlen). Diese weist für die letzte Bundestagswahl eine erhebliche Abwanderung unserer Wählerinnen und Wähler zur **FDP und zur AfD** auf, die sich bei der Europawahl 2019 zumindest zur FDP hin wiederholt hat. Zitat: "Die CDU hat ... den höchsten Anteil an den saldierten Verlusten (32,6%) unter allen Parteien zu verzeichnen. Die FDP konnte im Saldo massiv von der CDU gewinnen." Bei der letzten Bundestagswahl haben wir unsere Wählerschaft zudem erkennbar nicht ausreichend motivieren können, sich überhaupt an dem Urnengang zu beteiligen.

Von den 18.600 Wählerinnen und Wählern, die wir 2017 verloren haben, gingen 12.500 an die FDP und 5.200 an die AfD. Und 900 Stimmen haben wir an die Grünen verloren. Insofern ist es zwar richtig, bei der anstehenden Bundestagswahl die Grünen angesichts der wenig attraktiven SPD nominal als die entscheidende **Konkurrenz um beide Frankfurter Wahlkreise** zu sehen. Doch wäre es ein Fehlschluss zu glauben, dass wir diese Wahlkreise halten können, indem wir nur Wählerinnen und Wähler von den Grünen abzuwerben suchen. Und wir werden die Grünen nicht mit ihren eigenen Waffen schlagen. Im Gegenteil: Wir können in Frankfurt-West nur siegen, wenn wir sowohl die Stimmen der AfD und vor allem der FDP zurückgewinnen als auch von den Grünen – und von den Nichtwählern.

Dies gelingt uns nach meiner Überzeugung aber nur durch ein starkes, klar erkennbares, glaubwürdiges und vor allem **bürgerliches Profil** – und nicht durch eine Anbiederung an letztlich linke Inhalte und Positionen. In den Fragen des Umwelt- und Klimaschutzes werden wir uns mit den Grünen einigen. Bei allen anderen Themen aber muss unsere Handschrift wieder stärker zum Tragen kommen. Österreich unterkanzler Kurz ist hier ein klares Vorbild. Denn:

"Konservativ heißt nicht, nach hinten zu blicken, sondern an der Spitze des Fortschritts zu marschieren." (Franz Josef Strauß)

Zu guter Letzt

Junge Wähler erwarten mehr von uns als eine rein pragmatische Verwaltung des Staatwesens – sie erwarten zu Recht nachhaltige Politik. Nachhaltigkeit gegenüber der Schöpfung, Nachhaltigkeit aber auch bei den öffentlichen Finanzen. Und liberale Wähler wollen keine planwirtschaftliche Bevormundung mehr – das müssen wir korrigieren.

Meine Kandidatur steht unter dem Motto „**Für unsere Zukunft**“. Hierfür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung.

Bitte kontaktieren Sie mich unter **mail@martin-heipertz.de**, wenn Sie Anregungen oder Rückfragen haben und sich **engagieren** möchten, und bitte beteiligen Sie sich über unser Mitmachportal für den Wahlkreis 182 Frankfurt am Main I auf meiner Website.

Wenn wir uns gemeinsam ehrlich machen und neu besinnen, dann werden wir Frankfurt-West auch mit Sicherheit halten. **Das ist mein Angebot an Sie.**



Her Dr. Martin Heipertz



ViSdP:

Dr. Martin Heipertz
Postfach 61 01 77
10922 Berlin

Bildnachweis:

CDU Deutschlands
Frank Somogyi



Dr. Martin Heipertz

#FürUnsereZukunft

www.martin-heipertz.de